

Beilage zu Nummer 198 der Volksstimme.

Mittwoch den 25. August 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 25. August 1915.

Kleinhändler gegen die Lebensmittelverteuerung.

Auch die Kleinhändler zeigen den guten Willen, gegen die übermäßige Teuerung der Lebensmittel etwas zu tun. Vielen von ihnen ist der Vorwurf nicht zu erweisen, daß auch sie sich nach Kräften bemühten, bei günstiger Gelegenheit ihre Geschäfte recht gründlich zu sichern. Vom Landesaus- schuß für Rheinland-Westfalen des Reichs- deutschen Mittelstandsverbandes wird der Presse geschrieben: Die durch den Bundesrat verordnete Ver- schärfung der neuen Getreideverordnung gab zu der Sof- tungs Anlaß, daß die Maßregel auch auf alle übrigen in Deutschland erzeugten und hergestellten Nahrungs- mittel ausgedehnt wird, zumal da es nur auf diesem Wege möglich sein dürfte, die berechtigten Interessen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher in zweckentsprechender Weise zu berücksichtigen. Diese Hoffnung scheint trügerisch zu sein, denn in einer von dem Duisburger Verein zum Schutze für Handel und Gewerbe an die Handels- kammer Duisburg gerichteten Eingabe heißt es: „Nach uns vorliegenden Nachrichten wurden in letzter Woche inländische Vorkriegspreise zu 50 bis 60 Mark in Wagonladung gehandelt, gegenüber einem Friedenspreis von 10 bis 15 Mark für den Zentner. Für dieselbe Ware also 40 bis 42 Pfennig das Pfund (300 bis 400 Prozent) mehr. Es ist aus geschlos- sen, daß die Landwirtschaft für diese sehr hohen Preise trü- ge Gründe erbringen könne.“

In der genannten Eingabe betont der Verein, daß er sich leicht ein Bild machen könne, was kommen wird, wenn dem- nächst auch der unterbunten Zwischenhandel sich einmische. Die erste Folge wird sein, daß wesentliche Teile der Ernte durch Spekulationen dem Markt entzogen würden, daß ferner die Preise weiter ansteigen und in kürzester Zeit Wucherpreise ent- stehen, welche die des Vorjahres weit hinter sich lassen. Die Verbraucher würden sich mit Recht gegen die Lebensmittelverteilung wehren, allerdings auch wieder wie im ver- gangenen Jahre in der falschen Annahme, daß der letzte Ver- teiler, also der Kleinhandel, die Ursache der Teuerung sei. Es muß entschieden verlangt werden, daß für den kommenden Winter durch rechtzeitige Vorseorge der Regierung jede Preissteigerung ausgeschlossen wird. Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß die Bevölkerung sich solche Lebensmittelverteilung nicht mehr ge- fallen läßt, und daß sie durch zu späte Maßnahmen das Publi- kum zu gerechtem Unwillen verleitet.

Es wird dann die Handelskammer ersucht, in dieser Rich- tung bei der Regierung vorstellig zu werden.

Auch andere Kleinhandelsorganisationen haben sich in ähnlicher Weise an die Regierung gewendet. Neben wird es voraussichtlich nichts, denn auch die organisierten Spekulanten bearbeiten die Regierungsstellen und andere Behörden, indem sie sich gegen die Ausschaltung des Großhandels, der Nahrungsmitteleinsparungen für das Ge- heer wenden, und sie verdrängen, bereits zugekauften zu haben, in denen versprochen wird, bei den zuständigen Mini- sternen in diesem Sinne zu wirken. Bei dem Einfluß, den die Herrschaft haben und der sich manchmal in recht unange- nehmer Weise bemerkbar macht, wird man sich darüber nicht wundern. Hier sind es Fortschrittler und Nationalliberale, anderswo andere Leute, die sich schämen vor den Zwischen- handel stellen und dafür sorgen, daß dessen Weizen blüht.

Großmarkt für Kartoffeln, Obst und Gemüse.

Am Montag nachmittag wurde in Mainz am Rombacher Tor ein sogenannter Großmarkt für Kartoffeln, Obst und Gemüse eröffnet. Durch diese Einrichtung soll es vor allem den kleinen Händlern ermöglicht werden, die Marktprodukte zu billigeren Preisen als bisher zu erhalten, um dadurch in die Lage versetzt zu werden, auch ihrerseits billiger verkaufen zu können.

Wie anderwärts, so glaubt man wohl auch in Mainz, daß es durch diesen Großmarkt möglich sei, den kleinen Händlern ihren Verdienst zu lassen und trotzdem dem hungernden Volke billige Lebensmittel zu liefern. In der Presse war hinreichend auf die Gründung des Mainzer Großmarktes hingewiesen worden und so waren denn auch außer den städtischen Behörden eine große Menge Neugieriger erschienen, während die Leute, auf die es ankam, nämlich die Groß- und Kleinhandelsleute, nur sehr spärlich vertreten waren. Nur mit Mühe gelang es, dafür zu sorgen, daß der Mainzer Volkswitz die ganze Sache nicht lächerlich machte. Wir wollen mit der Stadtverwaltung Mainz nicht rechten, ob die Einrichtung einen Bedürfnis entspricht oder nicht und wir wollen auch zugeben, daß der schwache Versuch am ersten Tage sich auf mancherlei Art er- klären läßt. Aber eine Tatsache ist aber nicht hinwegzukommen: Die Großhandelspreise für prima Kartoffeln betragen auf dem Mainzer Markt 6.50 Mark pro Zentner; im Kleinverkauf am südlichen Marktplatz in Wiesbaden 6 Pfennig für das Pfund; Rottweil kostet in Mainz 35 Mark pro Hundert; am Wiesbadener Marktstand 30-35 Pfennig pro Stück; Weizen in Mainz 45 Mark pro Hundert; in Wiesbaden 30-40 Pfennig pro Stück usw. Von einer preisregulierenden Wirkung kann also bei diesem Groß- markt nicht geredet werden und wenn demnach in Wiesbaden ein Großmarkt eröffnet wird, dann dürfte es ähnlich kommen wie in Mainz. Abgesehen davon, daß der Zwischenhandel die Markt- produkte unnötig verteuern muß; die ohnehin leicht verderblichen Waren leiden außerordentlich darunter, daß sie durch so viele Hände gehen, bis sie an den Verbraucher kommen, und mancher Zentner Gemüse büßt auf diesem langen Wege bis zur Hälfte seines Nährwertes ein. Es sollte daher gerade bei Marktprodukten als selbstverständlich gelten, daß sie möglichst ohne Zwischenhandel direkt vom Produzenten an den Verbraucher übergehen, und zwar durch Vermittlung der Kommunen.

Am südlichen Marktplatz in Wiesbaden ist der Preis für feste Seifelebensmittel heute auf 6 Pfennig pro Pfund herab- gesetzt. Der Gemüseverkauf geht sehr flott und die Nachfrage nach Wohnen ist kaum zu befriedigen. Ende dieser und anfangs nächster Woche kommen bestimmt mehrere hundert Zentner Stangenbohnen von bekannt guter Qualität zum Preise von 15 Pfennig pro Pfund zum Verkauf. Der Händlerpreis betrug heute wieder 26 Pfennig

Theorie und Praxis.

In der Generalversammlung eines Mainzer Lokal- vereins, die dieser Tage stattfand, bemerkte ein Teil-

nehmer, daß man besonders auch „denjenigen gedenken“ müßte, die im Felde stehen. Das scheint bei dem be- treffenden Herrn nur wirklich bedeuten zu sollen, daß man der- jenigen gedenkt, ohne die entsprechenden Verpflichtungen ihnen gegenüber einzuhalten. Der Herr, ein Mainzer Großhändler, der während des Krieges schon abnorm viel ver- dient hat, hat nämlich sechs Leute im Felde stehen, die bis- jetzt fast nichts erhielten. Ein Profiteur, der wohl der erste Angestellte dieses Hauses gewesen sein dürfte, ist nunmehr endgültig ab 1. Dezember 1914 entlassen.

Dieses Beispiel zeigt wieder, daß es leichter ist, schöne Reden zu halten, wie soziale Verpflichtungen zu erfüllen. So legen Kriegsinteressen den Vorgesetzten an!

Achtung, Parteigenossen! In der am 18. August stattge- fundenen Mitgliederversammlung konnte die Tagesordnung nicht erledigt werden. Es wurde beschlossen, am Donnerstag den 26. August eine zweite Versammlung stattfinden zu lassen. Der erste Punkt der Tagesordnung: Bericht von der Ver- trauensmänner-Sitzung und über die dort fast einstimmige Annahme der Resolution ergab eine lebhafteste Debatte. Da eine Reihe Genossen wegen vorgerückter Zeit nicht mehr zu Wort kommen konnten, mußte Vertagung eintreten. Wir laden alle Genossen und Genossinnen, Stadtverordnete, Unter- kassierer, Parteifunktionäre usw. zu dieser Versammlung ein und erwarten vollständiges Erscheinen.

In dem Streik am hiesigen Residenztheater hören wir, daß neuerdings Direktor Rauch auf Grund der Kriegsklausel seinem Personal die Stellen auf den 1. September gekündigt hat. Ein Ur- teil des Oberlandesgerichts hat ihm dieses Recht zugesprochen. Das Personal hat die Intervention des Oberbürgermeisters angeordnet.

Unterstützung von Kriegsheilbedürftigen. Den aus Anlaß des jetzigen Krieges mit Rente und Kriegsgeld verordneten Personen wird es bei ihrem Lebensunterhalt trotz eintreffender Pensionen und trotz Eingehens der Kriegsfürsorgestellen nicht immer möglich sein, in absehbarer Zeit ihr früheres Arbeitseinkommen nur an- nähernd zu erreichen. Daraus, die hierbei entziehen, sollen nach Mög- lichkeit ausgeglichen werden. Da eine gesetzliche Regelung aber erst nach dem Kriege erfolgen kann, soll schon während des Krieges auf Antrag der Verheirateten aus hierzu bereitstehenden Mitteln, soweit es möglich ist, Unterhaltsmittel bereitgestellt werden. Die Anträge werden in begründeten Fällen an den zuständigen Bezirksfeldwebel zu richten sein.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A.-G.-V. „Freundschaft.“ Mittwoch abend 9 Uhr Probe für Männer- und Frauenchor.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 24. Aug. (Das Brot wird billiger.) Der Magistrat beschloß in Uebereinstimmung mit dem Lebensmittel- ausschuss in einer Sitzung am Montag: Ab nächster Woche beträgt das Gewicht eines Loib Brotes 4 Pfund. Es wird um 150 Gramm schwerer. Der Preis wird um 1 Pfennig erhöht. Es kommt dem- nach ein Vier-Pfund-Brot auf 78 Pfennig zu stehen. Das höhere Gewicht wird durch eine andere Zusammensetzung des Teiges erreicht. (Hoffentlich werden die Zusatzstoffe nicht erhöht. D. R.) Von einer Festsetzung von Höchstpreisen wurde Abstand genommen, weil die Kartoffeln billiger werden und das Gemüse noch wächst; außer- dem glaubt man, daß die Marktpreise von Mainz und Wiesbaden auch hier regulierend wirken. Der Ausschuss behält sich jedoch vor, bei Abweichungen zu hoher Preise den Magistrat zu veranlassen, Höchstpreise festzusetzen. (Das hätte jetzt schon geschehen müssen. D. R.) — **Teuerungszulagen.** Die Verwaltungsstelle des Reichs- Tabakfabrikantenverbandes teilt mit: Infolge der enormen Teue- rung haben sich die Kollegen veranlaßt, bei ihren Arbeitgebern um Teuerungszulagen einzukommen. Bis jetzt haben zwei Firmen Zu- geständnisse gemacht; die Firma Schreyer hat eine Vohnerhöhung von 30 bis 80 Pfennig pro Woche genehmigt, sowie 5 Prozent Teue- rungsgulage, die Firma Loh 50 Pfennig pro Woche. Es bedeutet dies für jeden Arbeiter ein Mehr von 1.50 bis 2 Mark pro Woche. Hoffentlich folgen die anderen Firmen bald nach.

Aus dem Rheingau, 24. Aug. (Selbstbewirtschaftung mit Brotgetreide.) Der Rheingaukreis wird in dem be- gonnenen Reichswirtschaftsjahre in Gemeinschaft mit dem Unter- taunuskreis die Selbstbewirtschaftung mit Brotgetreide durch- führen, und zwar in der Weise, daß der Untertaunuskreis seinen Lebensbedarf an Brotgetreide an den Rheingaukreis abführt und so die fehlende Menge in letzterem Kreise ausgleicht. Der Aus- staus des Getreides durch die vom Kreise bestellten Kommissionäre hat bereits begonnen. Die Veranlagung des Getreides erfolgt durch die einheimischen Mühlen. Die sich ergebende Meile soll im Kreise verbleiben.

Aus den umliegenden Kreisen.

Sechste Sitzung des Kriegsausschusses der hessischen Zweiten Kammer.

In der gestrigen Sitzung des Kriegsausschusses der Zweiten Kammer erstattete zunächst Abg. von Helmolt ein ausführ- liches Referat über die Futtermittelfrage. Er gab eine Uebersicht über den Futtermittelmarkt, der überall eine starke Futtermittelknappheit erkennen lasse, welche ihre nachteiligen Einflüsse auf die Viehhaltung und natürlich auch auf die von der Viehhaltung abhängige Milch- und Fleischproduktion äußere. Die Erhöhung der Milchpreise insbesondere werde zu Unrecht auf zu hohe Produzentengewinne zurückgeführt. Er erörterte die Gründe des Mißganges in der Milchproduktion und be- gründete des weiteren folgenden Antrag:

Die Großherzogliche Regierung zu ersuchen, nachstehende Maß- nahmen durchzuführen, bzw. beim Bundesrat zu beantragen.

1. Die Leistungsfähigkeit des Viehstandes, insbesondere die Milch- und Milchzuckerzeugung ist unbedingt zu erhalten. Hierzu sind den Landwirten, an Stelle der Erzeugnisse, die sie zu einem auf Grund gesetzlicher Verfügung festgesetzten Preis abzugeben haben, andere im Zustand vorhandene gleichartige oder ähnliche Erzeugnisse zu einem Preis zur Verfügung zu stellen, der dem Preis entspricht, den die Landwirte für ihre Erzeugnisse erhalten.

Soweit diese Erzeugnisse aus dem Ausland eingeführt sind, hat diese Einfuhr lediglich durch die Reichsregierung zu er- folgen und die Abgabe an die Landwirte zu einem festgesetzten, nicht zu hohen Preise stattzufinden.

Der freie Handel mit eingeführten Futtermitteln ist zu verbieten.

Alle Futtermittel sind durch die Reichsfuttermittelstelle zu verteilen.

2. Wenn der Ausfall der Brotgetreideernte es irgendwie zuläßt, ist das sogenannte Hintertorn zur Verfüterung unter bestimmten Bedingungen, die eine Kontrolle über den Verbrauch ermöglichen, zu gestatten.

Ueber die Schwierigkeit der Fleischversorgung refe- rierte Abg. Brauer. Er verlangte Maßnahmen gegen die Verringerung des Viehbestandes und zur Förderung der Be- schaffung genügender und preiswerter Futtermittel. An die- selben Referate schloß sich eine ausgiebige Diskussion an, an welcher sich auch die Regierung beteiligte. Verschiedene Redner erklärten in einer besseren Organisation des Milchhandels in den Städten ein erfolgreiches Mittel gegen alle hohen Milch- und Fleischpreise. Auch die genossenschaftliche Organisation des Milch- und Fleischverkehrs wurde von einem der Redner in An- regung gebracht. (Ist das der Weisheit letzter Schluß? Red. d. „Volksst.“). Schließlich wurden noch einige Mißstände ge- rügt, die bei der Brotverfertigung und bei der Kleinverteilung zu Tage getreten sind. Die Regierung versprach, nach Mög- lichkeit für deren Abhilfe Sorge zu tragen.

Anmerkung der Redaktion: Das „objektive“ Referat des Abgeordneten v. Helmolt zeigt, daß die Produzenten und deren Sachwalter nur die Wahrung ihrer eigenen Interessen im Auge haben. Deshalb hätte es wohl nicht geschadet, wenn die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft im Reichs- ausschuss einmal mit aller Deutlichkeit gesagt hätten, was das Volk draußen von dieser Mißwirtschaft hält, die von der Re- gierung gebilligt und gedeckt wird. Wir meinen, die felt- same Rolle, die im hiesigen Parlament bisher gespielt wurde, müßte endlich einmal aufhören, um so mehr, da wäh- rend eines ganzen Jahres aus den beiden höchsten Mün- schen nicht entprochen wurde. Die Arbeiterschaft soll hungern und den Mund halten, die Lebensmittelverteiler müssen die Zeit und füllen ihre Taschen auf Kosten der mündelbesten- den Bevölkerung. Gar nicht das Reden allein macht schlich- lich dem Volke um Nase herum, wenn nicht der gerechte Versuch zum Handeln gemacht wird. Wah-halt! Die Lebensmittelverteiler und Kriegsspekulanten könnten uns als Vorbild dienen, wie der „Vorfrieden“ ausgeführt werden kann, um Klasseninteressen wirksam zu vertreten. Warum stehen unsere Leute mit Gewehr bei Fuß?

Pinburg, 24. Aug. (Im Dienst tötlich verunglückt.) Der Hilfskassierer Otto aus Pinburg verunglückte am Montag nachmittag auf dem Bahnhof Arbach im Odenwald, wobei er sich einen Rippenbruch und innere Verletzungen zuzog. Er wurde sofort in ein Krankenhaus in Pinburg übergeführt, wo er aber noch am Abend seinen schweren Verletzungen erlag.

Binderhaken, 24. Aug. (Neue Eisenbahnhaltestelle.) Die Ortsgemeinde Binderhaken hat eine neue Eisenbahnhaltestelle in der Nähe der Ortsgemeinde Binderhaken errichtet. Es wird diese Haltestelle noch in diesem Jahre eingerichtet werden, und zwar nahe der Pin- burg-Pinburg-Mühle (Südlich Pinburg-Binderhaken), etwa 10 Minuten vom Ort entfernt.

Mainz, 24. Aug. (Richterträchtlich und gemein.) Breichend in der Reichsstaatsanwaltschaft am Montag der Staatsanwalt Dr. Felsch die Handlung, wenn Händler jetzt ihren Verdienst nehmen wollen wie in Friedenszeiten. Derartige Fälle wurden nun in der hiesigen Staatsanwaltschaft verhandelt. Der Staatsanwalt Dr. Felsch hat die hiesige Staatsanwaltschaft die Bitte, die die Lebensmittelverteilung haben, nach der Verteidigung zu stellen und persönliche Anträge gegen die Staatsanwaltschaft zu richten. Die diese Fälle zur Sprache bringen. In noch mehr, die Handelskammer hat nunmehr ein Rundschreiben an die hiesigen hiesigen Staatsanwaltschaften gerichtet, worin sie durch drei Großhändler feststellen läßt, daß die hiesigen Bucherpreise der Marktlage anormale Preise gewesen sein sollen. Dabei sind die drei Großhändler, die diese Gutachten ab- gegeben haben, zum Teil selbst mitschuldig. Der eine davon erklärt zu der Gruppe, die selbst die übertriebenen hohen Preise für Zucker an- genommen haben, und ein zweiter derselben hat recht unwillkürlich bei Beginn des Krieges, indem er für Salz 12. — für den Zentner, entgegen in Friedenszeiten 8.50 nahm. Auch das sind Zeichen der Zeit!

Darmstadt, 24. Aug. (Die außerordentlich unglücklichen Verhältnisse auf dem Bahnhof Ober-Roden) wurden heute wieder einmal vor dem Forum der hiesigen Staatsanwaltschaft aufgeführt. Am Sonntag den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, fuhr der Zug nach Sprenningen auf ein letztes Nebenpfeils infolge falscher Weichen- stellung. Der Zug rammte mit etwa 30 Kilometer-Geschwindigkeit gegen den Pfeilbock. Drei Personen erlitten nicht übermäßig erhebliche Verletzungen. Nun mußten sich der diensttunende Stationsbeamte Stod, der Lokomotivführer Maab und der Weichensteller Keller vor dem Strafgericht verantworten. Wie einer der Verteidiger an- führte, wäre es von der Bahnverwaltung richtiger gewesen, statt die Leute auf die Anlagehaken zu führen, die primitiven Verhältnisse auf dem Bahnhof Ober-Roden rechtzeitig abzubauen, die solche Ver- fälle tatsächlich verhindern. Auch das Gutachten des als Sach- verständigen vernommenen ehemaligen Lokomotivführers Mittler brachte eine tröstliche Schilderung der vorliegenden Zustände. Der Bahnhof sei der reinste Rinderpieß, zwei schwierige, gefähr- liche Nebengänge sind dabei zu überwinden. Dagegen hielten die beiden anderen Sachverständigen, Vertreter der Eisenbahnbehörde, ein großes Verschulden und Fahrlässigkeit für vorliegend. Das Gericht glaubte dem Angeklagten Stod, daß er sich davon überzeugt hatte, daß die Weiche richtig lag, was ja auch durch die Weichenannahme festgelegt wurde. Dagegen konnte nicht aufgeführt werden, auf welcher Weise die Weiche dennoch bei Abgang des Zuges in eine falsche Stellung ge- raten ist. Der Angeklagte Stod wurde sonach, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, von Strafe und Kosten freigesprochen. Der Angeklagte Keller sah das Gericht als den Hauptschuldigen an, der hätte merken müssen, daß die Weiche falsch lag, als der Zug vorbeifuhr, wenn er seines Amtes mit der notwendigen Sorgfalt gewandt hätte. Auch Maab hätte sehen müssen, daß er auf falschem Weis- fahrte. Während der Staatsanwalt gegen Maab 150 Mk. und gegen Keller 100 Mk. Geldstrafe beantragte, erkannte das Gericht gegen Keller auf 75 Mk. und gegen Maab auf 50 Mk. Geldstrafe.

Feldpost.

Feldpost. Feldpost.

Schad. Die Nr. 2. — reichen bis Ende Oktober. — Ihr Wunsch ist auch der unfertige.

Kobert S. Die neue Adresse erhalten, wo bleibt aber die ver- sprechene Zahlung?

Leisigheim Wiesbadener Landhüter. Das Exemplar geht von jetzt an nach der angegebenen Adresse ab. Öffentlich bekommen wir dadurch später Kommenten in der Helmat.

Verschiedenen Abonnenten, die gemeldet worden sind, zur gefälligen Mitteilung, daß am 31. August das letzte Blatt abgehandelt wird, falls keine Nachricht eintrifft.

Stein — 87. Das Blatt senden wir solange, bis es aus- drücklich abbestellt wird. Die Kosten hat der Bezieher zu tragen. Beauftragen Sie doch jemand, der hier für Sie die Sache regelt.

Nach Lohs. Betrag ist pünktlich eingetroffen. Die kleinen Vergütungen liegen nicht an uns, indessen wollen wir für die Folge noch besser aufpassen.

Frankfurter Stadterordneten-Versammlung.

Den Vorsitz führt Herr Groß.

Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie mehrere Anfragen und Anträge, die sich auf die

Kohlennot und Lebensmittelteuerung.

bestehen. Eine Anfrage von Meißner u. Otm. wünscht einen zusammenfassenden Überblick über die Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebens-, Futtermittel- und Heizmitteln; ein Antrag Glabung verlangt Maßnahmen gegen die Kohlennot und Teuerung; ein Antrag Zielowski u. Gen. endlich empfiehlt umfassende Vorkehrungen gegen die Lebensmittelteuerung. Die einzelnen Zeitpunkte der Anträge sind bereits veröffentlicht. Witterung wird eine Eingabe des Konsumentenvereins, die sich in gleicher Richtung bewegt.

Meißner (natl.) hat hervor, daß nach der Aussprache vor drei Wochen manches erreicht worden sei. Die Verordnung des General-Kommandos sei inzwischen etwas geändert; Preisstafeln seien in der Markthalle angebracht worden. In vielen Städten habe sich gezeigt, daß der öffentliche Verkauf doch preisregulierend auf den Markt gewirkt habe. Die Konferenz auf dem Volkspräsidium in der Mißfrage verleihe besondere Bedeutung. Es sei nicht angängig, daß die Randmärkte sich für andere Ausfälle durch Erhöhung der Marktpreise faßlos halten wollten. Die Einführung von konzentrierten Ration würde viel zu teuer sein.

Glabung (Soz.) wies zur Begründung seines Antrages darauf hin, daß für die armen Familien im Winter Kohlen so notwendig sind wie Brot. Welche Preise der Bevölkerung nicht, wie und zu welchen Preisen sie Brennmaterialien in den Keller bekommen können. Kohlenfabrikat, Holz und Kleinhandel glauben, während des Krieges das Publikum fürchten zu können. Das Rationierungskomitee habe schon im Frühjahr seinen Rationierungsausschuss gebildet, doch nur 30 Prozent des künftigen Bedarfs geliefert werden können. Als Ursache werden Arbeitermangel, Transportbehinderungen und schlechter Verkehr von Kohlen und Holz durch die Fronten angegeben. Wichtig ist, daß Holz, Kohlen und auch die sonstigen Güter mit Kohlen versehen werden müssen, die früher ihren Bedarf wegen des billigeren Transports in England deckten; hinzu kommt, daß 120 000 Verbraucher eingeschrieben sind. Zur Kohlenversorgung kommt jetzt noch die bereits angekündigte Teuerung; 80 Prozent der früher bezogenen Mengen will nach den neuesten Mitteilungen das Rationierungskomitee liefern. Die Preissteigerung ohne triftigen Grund ist schon seit einigen Jahren bemerkbar. Bei 3 Pfennig Aufschlag des Endpreises für den Zentner folgen sofort die Groß- und Kleinhandelspreise mit einer Erhöhung von 10 Pfennig. Die Hauswirtschaft ist während des Krieges von 17,50 auf 20,70 Mark die Tonne gestiegen. Aufholer von 15 auf 18 Mark, seitwärts von 9,50 auf 11,70 Mark; auch die Holzpreise sind wesentlich in die Höhe gegangen. Im Kleinhandel hat sich der Zentner Hausbrandkohlen von 1,10 auf 1,50 Mark erhöht; bei der Aufholer das gleiche Bild. Beim Liefen einzelner Zentners müssen die ganz armen Leute einen weiteren Aufschlag zahlen. Dabei fehlt der systematische Preissteigerung jede Berechtigung. Ein genauer Kenner der Lebensverhältnisse, Abgeordneter Dr. G. hat nachgewiesen, wie enorm die Verdienste der Kohlenhändler gestiegen sind; um 40 bis 50 Prozent haben sich die Lebensverhältnisse der einzelnen Erhöht. Die Produktion kann leicht erhöht werden durch die Beschäftigung russischer Beamten. Angeblich sollen sie nicht leistungsfähig sein. Bei einem Streit deutscher Arbeiter würden die Russen für den Lebensbedarf willkommene Arbeitskräfte sein. Es hat aber den Anschein, als ob öffentliche keine größeren Mengen auf den Markt gebracht werden sollen, nur um die hohen Preise zu halten. Zu befürchten ist, daß in den nächsten Wochen die Sache noch schlimmer wird. Da gilt es insbesondere zu verhindern, daß die Familien der Arbeiter in voller Ruhe auswandern können. Meiner Ansicht nach, rechtzeitig eingegriffen, damit zur Lebensmittelteuerung nicht auch noch eine Kohlennot kommt.

Zielowski (Soz.) begründet den weiteren Antrag, der sich auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung bezieht. Ueber hohe Preise und Lebensmittelteuerung, bedroht der Arbeiter, ist schon zum Lebensbedarf geschrieben und gerichtet worden; es sind auch viele Verordnungen erlassen worden; aber eine nennenswerte Besserung der Verhältnisse ist nicht eingetreten. Es scheint fast, als wenn wir gegenüber den Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt machtlos wären. Unsere Anträge bezwecken, Magistrate und Regierung zu tatkräftigem Handeln zu bewegen. Vielleicht sind auch sie ein Schlag ins Wasser; aber wir wollen wenigstens nichts unterlassen lassen, um der Preissteigerung entgegenzuwirken. Der erste Teil unserer Anträge besteht aus Beschlüssen, die die Stadterordnetenversammlung in Köln gefaßt hat. Wir sind der Meinung, je einheitlicher und geschlossener die Städte in diesen Fragen vorgehen, desto besser ist es. Deshalb haben wir die Anträge übernommen und glauben, auch hier Zustimmung zu finden. Jeder aber wollen die Herren von der nationalliberalen und fortschrittlichen Fraktion den wichtigsten Anträgen nicht zustimmen. Das ist bedauerlich; denn tatsächlich steht doch fest, daß sich während des Krieges der Zwischenhandel in allen Städten festgesetzt und zur Verwertung aller Lebensmittel beigetragen hat. Zugewonnen, die Herren haben gewisse Waren aus anderen Ländern herbeigeschafft, so ist aber von ihnen berichtet worden, sie den Konsumenten rechtzeitig zuzuführen. Aus einer Sache sind die Waren in die andere gewandert, jeder hat davon profitiert, und auf diese Weise sind diese Artikel arg verteuert worden. Diese Zwischenhändler haben keine Existenzberechtigung; das ist auch von nationalliberalen Volkswirtschaftlern anerkannt worden. Wenn die Herren von der fortschrittlichen und der nationalliberalen Fraktion diesen Leuten nicht zu nahe treten wollen, denn wohl deshalb, weil diese Preise zu ihren politischen Freunden gehören. Widerspruch bei den Bürgerlichen. Die reellen Händler werden dadurch nicht getroffen; denn die Herren, die zu Friedenszeiten Waren vermittelt haben, können es auch jetzt tun. Auch die „Frankf. Zeitung“ hat sich gegen diesen unzulässigen Zwischenhandel ausgesprochen. Die Forderung von Märkten in den Vororten ist nicht neu; sie best. sich mit dem sozialdemokratischen Kommunalpolitiker. Zielowski bedingt die Einführung von Märkten in den Vororten eine Änderung des Marktwesens; es mag auch Schwierigkeiten geben. Die Stadt wird aber bei ihrer ständigen Ausdehnung dazu gezwungen werden, wenn auch nicht jetzt, so doch nach dem Kriege. Von der Einkaufsmöglichkeit in der einen Markthalle der Innenstadt haben die Frauen der Vororte keinen Nutzen; durch die Stadtgrenzen erreichen ihnen Ausgaben. Sie gehen deshalb lieber zu den Spezialehändlern, die sich erst in den letzten Jahren Günstiges zugelegt haben, und machen dort ihre Einkäufe. Die Stadterordneten sagt, man dürfe die 1200 Gemüsehändler nicht schädigen. Die gleichen Einwände haben auch die Gegner der Konzentration gemacht; eine Schädigung der kleinen Händler ist aber nicht eingetreten. Witterung soll der Magistrat einmal einen Versuch mit Märkten in der Frankfurter Allee, Bornheim und Bornheim machen. In der großen Markthalle findet eine kleine Bekämpfung der Händler statt, so daß die Preise immer noch hochgehalten werden können. Der Arbeiter verlangt in seinen weiteren Ausführungen auch die Abgabe von Obst und Gemüse an die arme Bevölkerung durch die Stadt. Auch der Verkauf der Dauerware durch die Erziehung von mehr Verkaufsstellen anders organisiert werden. Mangel an Personal kann für die Erweiterung nicht ausfindig gemacht werden; es gibt jedoch Metzgerläden, die dazu recht gut geeignet werden können. Das Geflügelgeschäft darf auch nicht an Regner zur Verkaufsstelle verlagert werden, sondern nur an die in der Markthalle bestehende. Beim Verkauf der Dauerware an der Frankfurter Allee. Geringe Schlingen und Schwere werden dort verkauft, und mancher Metzger und Metzger benutzt die Gelegenheit, um sich einzubringen. Meiner Ansicht nach, muß mindestens an zwei Wochenenden die Dauerware auch in der Markthalle verkauft werden. Zu dem General-Kommando in der Markthalle erlassenen Verordnungen beim Antragssteller, daß sie in der Praxis noch nicht durchgeführt worden sind; jetzt wird vor der Halle gehandelt. Die polizeilich vorgezeichnete Preisbeschränkung wird von den Händlern überhaupt nicht beachtet; sie werden groß und unerschämte,

wenn man sie darauf aufmerksam macht. Marktpolizei sieht man nicht. Es herrschen noch die gleichen unbilligen Zustände. Die von der Marktkommission festgesetzten Preise werden als Richtpreise benutzt und als Höchstpreise behandelt. Manche Schwarzverkäufer im Kleinhandel lassen sich nicht zu geben; sie verkaufen aber noch lange nicht den tatsächlichen Aufschlag. Beim Obst zum Beispiel haben die Randmärkte auch bei trockenem Wetter nicht mehr Arbeit; nicht einmal die Hauptmengen besitzenden hier; das Pfund von gewöhnlichem Kirschen 8 bis 10 Pfennig. Früher kostete der Doppelzentner Kirschen 8, 10 Mark, wenn er hoch kam, 12 Mark; jetzt kostet gewöhnliches Obst 20 Mark. So bleibt da die Marktkommission? Würde in einem einzigen Falle die Marktpolizei nur einmal ein Beispiel statuieren, es würde bald vorgebeugt werden. Der Versuch, die Händler zu bestrafen, kann aber vorgebeugt werden durch Verhandlung mit anderen Stadterordnungen; dazu ist es den Herren nicht möglich, ihre Waren wo anders abzugeben. Mit dem Wunsch, daß es dem Magistrat gelingen möge, den bisherigen Marktpreis beizubehalten, bittet Meißner, seinen Anträgen zuzustimmen.

Überbürgermeister Voigt ist mit den Anträgen der Meinung, daß eine Beiratsung hier nicht überflüssig ist. Die Reichsregierung hat in der Budgetkommission erklärt, es sei nur, nachdem der Bundesrat erlassen sei, Sache der Städte, dafür zu sorgen, daß Lebensmittel in genügender Weise und nicht zu teuer auf den Markt kommen. Man muß sagen, daß die Regierung in seiner Weise den Wünschen der Städte Rechnung getragen hat. Das können wir aber versichern, daß wir den Erlaß gegen den Arbeiter auf schärfste durchzuführen werden. Wir haben die unangenehme Rolle des Demagogen, sollen es aber für unsere heilige Pflicht, ohne Schonung der Person in der Bevölkerung durchzuführen. Wir betonen dies als Warnung in der Öffentlichkeit und werden, wenn wir zu hohe Preise wahrnehmen, das Verfahren gegen die Händler scharfloslos einleiten. (Beifall.) Aber auch die Gerichte müssen ihre soziale Pflicht erfüllen. In erster Linie muß auch die Reichsregierung den Städten mit Höchstpreisen helfen. Den Anträgen Zielowski, die sich auf den öffentlichen Lebensmittelhandel beziehen, kann man zustimmen. (Beifall.) Man könnte einmal den Versuch machen, in einem Bezirk einen Wochenmarkt einzuführen. Der illegitime Zwischenhandel, der sich im Krieg bildet hat preissteigernd, spekulativ und verderblich gewirkt. Die ungeheure Teuerung in Gießen ist auf die Einkaufsgewinne, die zu hoch waren, zurückzuführen; sie darf nicht mit Gewinn arbeiten. Die diesjährige Kartoffelernte soll gut werden. Man darf nicht vor einer Beschränkung zurückweichen, denn nur dadurch ist eine ordnungsmäßige Verteilung möglich. Wir haben große Mengen Kartoffeln zu kaufen versucht; aber die Preisfrage macht Schwierigkeiten. Die Regierung weiß nicht, ob sie Produzenten-Höchstpreise — das halten wir für richtig — erlassen soll und in welcher Höhe. Die Städte werden ähnlich wie beim Brot die Verteilung der Kartoffeln an die Bevölkerung durch Karten vornehmen müssen. Für die Regierung ist in der Lebensmittelfrage noch viel zu tun. Eine ausführliche Eingabe mit unseren Wünschen ist an die Regierung vorbereitet, die in den nächsten Tagen abgehen wird. (Beifall.)

Stadtrat Westhoff gibt zu, daß an der Freibank größere Stücke Speck und ganze Schinken verkauft worden sind. Aber sei es nicht ganz wünschenswert, wenn jeder einen Schinken zu Hause habe? (Beifall.)

Stadtrat Dr. Meißner berichtet, daß die Stadt den Höchstpreis für Milch mit 26 Pfennig so lange wie möglich halten werde. Höchstpreise für Butter schäufeln, sei eine sehr zweifelhafte Waffe; die meisten Butter komme aus dem Ausland. Produzenten-Höchstpreise für Milchprodukte habe man bereits von der Regierung verlangt. Was die Kartoffelverteilung betrifft, so würden in Kürze wieder Verhandlungen in Berlin stattfinden. Man könne in dieser Frage nichts tun, solange man nicht wisse, was die Regierung eigentlich vorhabe. Mit dem Gemüseverkauf habe die Stadt Mainz gute Erfahrungen gemacht. Dabei habe sie — aus Mangel an Personal — nur einen Laden aufgemacht, in dem sie das Gemüse veräußerte. Eine Veränderung des gegenwärtigen Systems der Preisbestimmung auf dem Gemüsemarkt sei sehr schwierig zu treffen; man müsse erst Erfahrungen abwarten.

Schneider (Korff. Vpt.) betont, die Kleinbauern und Gärtner hätten unter recht ungünstigen Witterungsverhältnissen zu leiden; daher die hohen Preise für Gemüse. Fraglich sei es, ob der jetzige Höchstpreis von 26 Pfennig aufrechterhalten werden könne. Fallschiff sollte übrigens nur 3, 4 und 5 Pfennig das Pfund. (Widerpruch.) Die Beschaffung von Nahrungsmitteln sei nicht in den richtigen Händen; auch infolge der Verteilung der Kleie an die Landwirte nicht in der richtigen Weise. Man müsse unbedingt Höchstpreise für Kartoffeln festsetzen, wenn im September die Erntetrübsnisse übersehbar würden. Der Schwindel mit teuren Sozialdiäten, die nur einfache Kartoffeln gemahlen seien, müßte diesmal unterbunden werden. Die meisten Anträge Zielowski seien für seine Fraktion unannehmbar. (Zielowski: Auch nach der Magistratsberichterstattung?) Ja. Sie stehen vielfach im Gegensatz zur Gewerbesteuer.

Dr. Meißner (Korff. Vpt.) unterstützt den Antrag Glabung; die Anträge Zielowski bezeichnen er teilweise als Quasibehalt. Der Forderung nach Höchstpreisen für den Groß- und Kleinhandel könne man größtentends zustimmen. Abzulehnen sei die Forderung auf Erlass einer Verordnung, wonach Kaufverträge über inländische Kartoffeln, die nach dem 1. November 1915 zu erfüllen sind, nichtig seien, falls diese Forderung allen Grundbesitzern des Handels und Verkehrs ins Gesicht schlägt. Wenn Zielowski erklärt habe, die Volkspartei sei deshalb gegen Maßnahmen, die sich gegen den Wucher richten, weil sie unter ihren Angehörigen Leute habe, die sich an beträchtlichen Manipulationen beteiligten, so verwahre er sich gegen diese Bemerkung und wolle sie als eine niedrige Unterwürfigkeit und Verleumdung zurück. Mit scharfer Betonung fordert er vom Magistrat, daß er die kleinen Händler in den einzelnen Stadtteilen schütze. Die fortschrittliche Fraktion fordere vom Magistrat auf, das bestimmte, daß diese Leute durch Wochenmärkte oder städtischen Gemüseverkauf in keiner Weise geschädigt werden.

Seidens (Korff. Vpt.) weist auf den schweren Existenzkampf der Gärtner hin. Bei frühzeitigem Herbstwetter würden auch die Gemüsepreise sinken. Das Gemüse sei jetzt sehr teuer, aber ohne Schuld der Gärtner.

Kleinmühl (natl.) hat das Kohlenhändlergeheimnis die Vorworte in Schutz. Die Preissteigerung sei notwendig gewesen, um den Bergbau gewinnbringend zu erhalten. Wir gewinnen den Krieg nur, weil wir Kohle haben. Dadurch, daß die fachmännischen Verarbeiter ins Feld rücken, sei eine Minderförderung von 50 bis 60 Prozent an Kohlen eingetreten.

Glabung (Soz.) entgegnet im Schlußwort, der Vordrucker sei über die Vorgänge im Kohlenhandel nicht unterrichtet. Seit der Gründung des Bundesrats seien die Preise für Kohlen ständig gestiegen, die Renten der Kohlenbarone und Händler haben sich erhöht. Herr Kleinmühl habe ein Cimento angeführt, das schließlich dazu führen müsse, eine Sammlung für die armen Kohlenhändler zu veranstalten. Es besteht tatsächlich eine Kohlennot, die vorliegenden Anträge können nicht ausgeführt werden, das habe auch die „Frankf. Zeitung“ anerkannt. (Dr. Meißner: Jetzt hat der wieder recht!)

Zielowski (Soz.) bedauert im Schlußwort den Verlauf der Debatte. Statt eines geschlossenen Auftretens werden sich die Fortschrittler und Nationalliberalen gegen den Magistrat. Einer sei als Beschützer der Kohler und Zwischenhändler aufgetreten, ein anderer nimmt die Gärtner in Schutz, ein dritter das Kohlenhändlergeheimnis. Reiner von den Bürgerlichen, deren Leben sei an den Konsumenten, an die Millionen von Menschen, die sie lesen sollen. Der Bürgerliche steht nur auf dem Papier. Nach dem Ausdruck des Reiches gibt es aber keine Parteien mehr; aber Ausbeuter und Ausgebeutete gibt es noch. Sie, meine Herren, haben dem Magistrat deutlich gesagt, er hat nur die Interessen der Unternehmern und Händler zu wahren, nicht aber die der Konsumenten. In Köln, wo keine Sozialdemokraten in der Stadterordnetenversammlung sind, hat man einen anderen Standpunkt vertreten; hier kennt man nur Unternehmerinteressen. (Anrufe.)

Die Abstimmung.

Einstimmig angenommen wird der Antrag Meißner. Zugestimmt wird auch dem Antrag Glabung, der wie folgt lautet:

Die Stadterordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei dem zuständigen Minister auf die bevorstehende Kohlennot und Lebensmittelteuerung (welche letztere durch nichts gerechtfertigt erscheint) hinzuwirken und ihn zu ersuchen, rechtzeitig Mittel und Wege einzuschlagen, um dem deutschen Volk neben den sonstigen Entbehrungen im kommenden Winter nicht auch noch die Preise für den so notwendigen Brennbedarf ins Ungemessene zu steigern.

Der Antrag Zielowski und Genossen an die Regierung wird in seiner Einleitung abgelehnt; dagegen wird ein Antrag Meißner angenommen, der besagt:

Bei der Regierung vorzulegen zu werden, daß die Befestigung des Bundesrats gegen die übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 bei allen in Betracht kommenden Anträgen nachdrücklich beachtet wird, und wenn diese Verordnung nicht alsbald durch ihre schärfste Handhabung von allen beteiligten Behörden und Gerichten zur Beseitigung des Wuchers in Lebensmittel führen sollte, sofort entschiedenere Maßnahmen zu treffen. Weiter möge die Regierung ersucht werden, daß sie energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung ergreift durch Festsetzung von Höchstpreisen für den Groß- und Kleinhandel, und zwar:

1. Produzenten-Höchstpreise für Milch, Butter und Kollereiprodukte;
2. Großhandelspreise für Teigwaren, sowie für aus Oaser und Gerste hergestellte Nahrungsmittel unter gleichzeitiger Festsetzung von Höchstpreisen für die an Gerste arbeitenden Betriebe zu liefernde Gerste;
3. Produzenten-Höchstpreise für Getreide;
4. möglichst bald die in Aussicht genommenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Kartoffelverteilung bekannt zu geben.

Weiter wird einem Antrag von Dr. Meißner und Genossen zugestimmt, der den Ausbau des Systems der Volkskassen in den einzelnen Bezirken und Bekämpfung der Mittel zur Speisung der Schüler der Vorschulen verlangt.

Die weitere Forderung Zielowski, die Stadterordneten der umliegenden Städte als einheitsförmige Organisation des Marktwesens zur Bekämpfung der Preissteigerung herbeizuführen, findet ebenfalls eine Mehrheit. Abgelehnt werden dagegen folgende Anträge der sozialdemokratischen Fraktion:

Eine Bestimmung dahin zu erlassen, daß Kaufverträge über inländische Kartoffeln, die nach dem 1. November 1915 zu erfüllen sind, nichtig sind, ausgenommen die mit Reichs- und Staatsbehörden und Kommunalverbänden abgeschlossenen Verträge.

Bestimmungen zu erlassen, welche solchen Personen, die nicht schon vor dem 1. August 1914 in den betreffenden Handelsgewerben tätig waren, die gewerbliche Vermittlung und den Großhandel mit Lebensmitteln durch Verbot und Nichtigkeits-Erklärung der betreffenden Geschäfte unmöglich zu machen.

Zur Bekämpfung der Lebensmittelnot im örtlichen Lebensmittelhandel, besonders im Marktwesen, folgende Maßnahmen zu treffen:

Einführung von Wochenmärkten in verschiedenen Stadtteilen (Bornheim, Bornheim, Westend und Sachsenhausen) und in den Vororten.

Ankauf von Gemüse und Obst durch die Stadt in großen Mengen und Einrichtung von städtischen Verkaufsstellen.

Andere Organisation des Verkaufs der Dauerware durch Einrichtung von städtischen Verkaufsstellen.

Kendierung des gegenwärtigen Systems der Preisbestimmung auf dem Gemüsemarkt, da die Höchstpreise zu Höchstpreisen geworden sind.

Bekämpfung der Forderung Zielowski: Ankauf von Winterkartoffeln durch die Stadt und Abgabe zu billigen Preisen an die unbemittelte Bevölkerung.

Mit den Sozialdemokraten stimmte auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Thormann für die abgelehnten Anträge.

Unter den Verschiedenen

Vorlagen des Magistrats

befindet sich auch die Bereitstellung von 10 000 Mark als Kriegsbeihilfe aus Stiftungsmitteln.

Zielowski (Soz.) findet den Betrag mit Rücksicht auf die reichen Mittel der Stiftungen äußerst gering. Auf seinen Antrag geht die Vorlage an den Finanzausschuß.

Schluß der Sitzung nach 9 Uhr.

Telegramme.

Bombenwürfe auf Offenburg.

Berlin, 24. Aug. (B. V. Amtlich.) Gestern Abend war ein feindliches Flugzeug auf die außerhalb des Operationsgebietes gelegene Stadt Offenburg. Es wurde nur unbedeutender Sachschaden verursacht. 12 Zivilpersonen wurden zum Teil schwer verletzt.

Frankfurter Tagesbericht.

Paris, 25. Aug. (B. V. Amtlich.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Es fanden einige Artillerieaktionen im Laufe der Nacht im Abschnitt nördlich Arros zwischen Somme, Oise und Argonnen statt. In den Bogen wurden gestern auf den Höhen südlich der nördlichen Front am Scharfmanns sehr heftige Kämpfe geliefert. Trotz mehrerer Gegenangriffe konnte der Feind das Gelände, welches er verlor, nicht zurückerobern. Am Donnerstag behaupten die gleichfalls die am Abend vom 22. August erzielten Gewinne. Die Deutschen griffen wieder unsere Schützengraben auf dem Kamme von Sondernach an. Sie wurden zurückgeworfen.

Neuer Mannschaftseinzug in Frankreich.

Paris, 25. Aug. (B. V. Amtlich.) Die früher zurückgekauften und als dienstuntauglich befundenen Mannschaften, welche bei einer erneuten Untersuchung für tauglich befunden wurden, haben den Befehl zur Einrückung zwischen dem 7. und 9. September erhalten und werden bei der Infanterie eingestellt.

Der bestrafte Kapitän.

London, 25. Aug. (B. V. Amtlich.) Der Kapitän eines Frischschiffes aus Grimsby ist auf Antrag der Admiralität zu einer Geldstrafe von 3 Pfund 3 Schilling verurteilt worden, weil er über eine gewisse Episode nicht Bericht erstattet habe. Der Kapitän hatte nicht gemeldet, daß er in der Nordsee einen Seppel in gesehen hat.

Amerikas Wanderungs- und Handelsstatistik.

London, 25. Aug. (B. V. Amtlich.) Die Zahl der Einwanderer in Amerika betrug für 1914/15 434 244 Personen gegen 1 403 081 im Vorjahre. Die Zahl der Auswanderer betrug 384 174 gegen 633 805 Personen im Vorjahre. Unter den Einwanderern befanden sich 47 000 Kanadier. — Nach der amerikanischen Handelsstatistik für das Rechnungsjahr 1914/15 betrug der Wert der Ausfuhr 219 455 000 Pfund Sterling. Das bedeutet eine Zunahme von 111 453 000 Pfund Sterling gegen das Vorjahr. Der Wert der Einfuhr von Lebensmitteln betrug 102 Millionen, von Rohstoffen 61 Millionen, von Halbfabrikaten 34,8 Millionen, von Fertigfabrikaten 84,6, von Verschiedenem 10,7 Millionen Pfund Sterling.